

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftstages 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Programm Amerikas.

New York, 6. Januar. (E.C.) Das Kabinett erörterte heute die europäische Lage. Von zuständiger Stelle in Washington wird mitgeteilt, das Programm der Vereinigten Staaten bestehe nunmehr darin, daß Staatssekretär Hughes informatorische Verhandlungen einleiten werde, um zu sehen, ob die Mächte bereit seien, einer internationalen Sachverständigenkonferenz zur Festlegung der Höhe der deutschen Reparationszahlung zuzustimmen, an der die Vereinigten Staaten teilnehmen würden. Hughes wird sich ferner darüber informieren, ob die Mächte von einer Erörterung aller politischen Fragen absehen und damit das Reparationsproblem seines politischen Charakters entkleiden wollen, bis die Beratungen dieser internationalen Sachverständigenkommission beendet sein würden. Sollten sich die Mächte gegenüber diesem Plan ablehnend verhalten, so würden die Vereinigten Staaten der Welt mitteilen, wer vor der Welt hierfür verantwortlich sei. Falls Frankreich das Ruhrgebiet betreten sollte, würden die Vereinigten Staaten energig protestieren und dieser Protest könnte auch die Gestalt einer Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein annehmen, wofür übrigens starke Stimmung in dem Kongress besteht. Der Staatssekretär für den Krieg Wees erklärte nach dem Kabinettsrat, es beständen Aussichten dafür, daß die amerikanischen Soldaten in der nächsten Zukunft vom Rhein abgerufen würden.

London, 6. Januar. (W.B.) Aus Washington wird berichtet, daß der amerikanische Botschafter in London Harvey die Hauptperson auf den Konferenzen gewesen sei, in deren Verlauf die europäische Krise in amerikanischen Regierungskreisen erörtert wurde. Die erste Konferenz fand im Weißen Hause statt. Es nahmen daran teil Präsident Harding, die Senatoren Lodge und Frelinghuysen, der ein naher Freund Hardings ist. Später begab sich Harvey nach dem Staatsdepartement und beriet dort mit dem Staatssekretär Hughes. Die europäische Lage wurde im einzelnen erörtert, aber weder nach dieser noch nach der vorherigen Konferenz erfolgte eine Mitteilung an die Öffentlichkeit. Die einzige von zuständiger Stelle ausgegangene Mitteilung zur Lage war eine Erklärung aus dem Staatsdepartement, daß ein Vorschlag des Staatssekretärs Hughes erfolgt sei, um verschiedene Türen für die Premierminister offen zuhalten, falls eine schwierige Lage entstehen sollte. Staatssekretär Hughes habe bereits zum Ausdruck gebracht, daß amerikanische Finanzleute an jedem internationalen Ausschuss teilnehmen würden, um die Lage in Deutschland zu prüfen, wenn Frankreich und die anderen interessierten Mächte eine Einladung an Amerika senden sollten. Man glaube, daß noch Zeit sei für die Prüfung der Möglichkeiten des amerikanischen Vorschlags, bevor Frankreich das Programm ausführen könne, das Poincaré auseinandergesetzt und Bonar Law verworfen habe.

Washington, 6. Januar. (W.B.) In seiner im Senat gehaltenen Rede erklärte Robinson bezüglich seiner Resolution über die Ernennung eines amerikanischen Vertreters für die Reparationskommission, die heutige amerikanische Politik des Beiseitefahrens habe Mißtrauen in der Welt hervorgerufen. Amerika werde jetzt durch das amerikanische Interesse dazu getrieben, eine hilfsbereite Haltung einzunehmen.

Das Schahamt erklärt, es sei unrichtig, daß daran gedacht werde, das Gesetz über die Amortisierung der Schulden abzuändern, um der amerikanischen Forderungskommission bei den Verhandlungen mit dem britischen Schahamt größeren Spielraum zu geben. Es könne nichts geschehen, bevor Großbritannien seine Vorschläge unterbreitet habe.

Die Erwartungen Englands.

London, 6. Januar. (W.B.) Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt, wenn Frankreich wegen der Besetzung und produktiver Garonien marschiere, so werde England es verlassen. Der Berichterstatter fragt, was Amerika tun werde, nachdem der Bruch erfolgt sei und Frankreich trotz seines Hauptstützen beschloßen habe, das Ruhrgebiet zu besetzen und so alle Hoffnungen auf die Wiederherstellung Deutschlands zu zerstören. Es werde in amerikanischen Kreisen in London erwartet, daß Amerika nicht länger davon Abstand nehmen könne, eine freundschaftliche Aktion zur Rettung Deutschlands vor Frankreich und zur Rettung Frankreichs vor sich selbst zu unternehmen. Es könne jetzt mitgeteilt werden, daß am letzten Tage der Londoner Konferenz Botschafter Harvey ein Mitglied der Mission an Poincaré war, der die Botschaft übermittelte, daß Amerika das Eindringen in das Ruhrgebiet überaus aufnahmewürdig würde, sogar noch über als dies in England der Fall gewesen sei. Es sei auch verlautet, daß der amerikanische Botschafter in Paris hierauf eine energische Vorstellung gegenüber der französischen Regierung in dieser Frage unternehmen habe. Man erwarte in unterrichteten Kreisen, daß Amerika von neuem starke, unformelle Vorstellungen bei Frankreich erheben werde mit der Angabe, daß eine formelle Erklärung in dieser Frage durch Amerika folgen werde, bevor Frankreich sich unwiderrüflich festlege. Die Berichte aus Washington vom heutigen Tage gingen dahin, daß die amerikanische öffentliche Meinung den britischen Plan noch stärker unterstütze als bisher. Der Druck auf die amerikanische Regierung von seiten der amerikanischen Presse und des Publikums, eine Aktion zu ergreifen, werde sich wahrscheinlich als unwiderrüflich zeigen. Wenn Amerika irgendwas in Europa zu tun beabsichtige, so müsse damit innerhalb der nächsten zehn Tage begonnen werden.

London, 6. Januar. (W.B.) Dem politischen Berichterstatter der „Daily News“ zufolge wird die britische Politik für den Augenblick alle Schritte zu vermeiden suchen, die Frankreich und England noch weiter auseinander bringen, es bestehe beispielsweise zurzeit nicht die Absicht, die britischen Truppen vom Rhein zurückzuführen.

„Daily Express“ fordert erneut die Zurückziehung der britischen Truppen vom Rhein, weil kein deutsches Geld vorhanden sein werde, um für deren Unterhalt zu sorgen, und weil es nicht recht sei, daß britische Soldaten in Folge einer Politik verwickelt würden, die die britische Regierung und das britische Volk für falsch ansehe. London, 6. Januar. (W.B.) Bonar Law ist mit den übrigen Mitgliedern der britischen Delegation gestern Abend aus Paris in London eingetroffen. Dem politischen Berichterstatter des „Daily Chronicle“ zufolge beabsichtigt der Premierminister vorläufig nicht, eine Kabinettsitzung einzuberufen. Die Regierung werde das Vorgehen Frankreichs abwarten. Der Haltung der Vereinigten Staaten werde in Regierungskreisen großes Interesse entgegengebracht. London, 6. Januar. (W.B.) Die Mitglieder der britischen Finanzkommission sind in Washington eingetroffen. Baldwin lehnte es ab, über den Abbruch der Pariser Konferenz zu sprechen. Kontraktive Harmon erklärte jedoch, der Abbruch müsse natürlich die Erörterungen in Washington berühren, da Amerika ebenso wie Großbritannien an der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas sehr interessiert sei. Der Abbruch der Pariser Konferenz werde sicher diese Wiederherstellung beeinflussen.

Keynes über den Konferenzabbruch.

London, 6. Januar. (S. H.) Keynes veröffentlicht in der „Economist“ einen Artikel über die vermutlichen wirtschaftlichen Folgen des Abbruchs der Pariser Reparationskonferenz. Darin stellt er zunächst fest, daß nach seiner Annahme die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen des Abbruchs nicht gleich so aufsehenerregende sein würden, wie man wohl vermute. Die schlimmsten Situationen seien jene, die sich langsam in längeren Zeiträumen entwickeln, wie das in einem großen Teile Europas in letzter Zeit stets der Fall gewesen sei. Die endgültigen Folgen eines Altes, der zu gleicher Zeit den Kredit Frankreichs und Deutschlands zerstören würde, dürften also nicht in einem Augenblick zutage treten. Keynes behandelt dann die möglichen Formen der Sonderaktion und führt zur Frage der Ruhrbesetzung folgendes aus:

„Bisher hat Frankreich die bösen Resultate der Inflation vermeiden können wegen des der Bevölkerung selbstverständlich erscheinenden Glaubens an den Wert französischer Renten als einer Kapitalsanlage, und wegen ihrer Bereitschaft, zu sparen und ihrer Regierung ihre Geldmittel zu leihen. Dieses Vertrauen aber wird zusammenbrechen, wenn der Frank von zweifelhaftem Werte wird, wozu manche Bedingungen schon vorhanden sind. Jede Aktion, die daher den internationalen Kredit Frankreichs erschüttert, muß erschreckende Rückwirkungen auf seine wirtschaftliche Lage haben.“

Mehr noch aber möchte ich mit allem Nachdruck unterstreichen, daß eine Sonderaktion Frankreichs im gegenwärtigen Stadium wahrscheinlich das absolute Ende der Reparationen bedeutet. Wenn es in Uebereinstimmung mit der besten Meinung, wie weit Deutschland wirklich zahlen kann, handelt, dann kann Frankreich noch hoffen, eventuell eine sehr wesentliche Summe zu erhalten. Ergreift es aber Zwangsmassnahmen, dann wird es wahrscheinlich durchaus nichts erhalten. Frankreich wird nichts erhalten aus mehreren Gründen. An erster Stelle wird es durch die Wirkung seiner Aktion auf Deutschlands Kredit und Industrie es für Deutschland unmöglich gemacht haben, Zahlungen an Frankreich zu leisten. Zweitens wird es durch Bruch des Vertrages selbst Deutschland die Rechtfertigung dafür geben, zu erklären, daß da der Vertrag durch Frankreichs eigene Handlungsweise nichtig gemacht worden sei, nun auch Deutschlands Annahme von Verbindlichkeiten hinsichtlich geworden sei. Vor allem aber hätte Frankreich mit der Ruhraktion seinen stärksten Pfeil abgeschossen. Wenn Frankreich das Ruhrgebiet besetzt und die Rheinlande verwalet, dann hat Deutschland nichts mehr zu fürchten, denn hat Frankreich sein Bestes geleistet; denn, sollte es versuchen, seine Okkupation immer weiter und weiter nach Deutschland hineinzuverlagern, dann würde es sich selbst nur mehr und mehr verurteilen und der letzten „Renanche“ ausgesetzt machen. Hätte Deutschland sich in diesem Augenblick geweigert, Zahlungen innerhalb seiner Leistungsfähigkeit zu machen, dann hätten Drohungen und Sanktionen nützlich sein können. Aber dies ist gar nicht die gegenwärtige Lage. Deutschlands einziges Motto für die Zahlung von Reparationen ist die Sehnsucht nach einem ruhigen Leben. Für ein ruhiges Leben würde Deutschland in seiner gegenwärtigen Stimmung bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen. Macht Frankreich es aber deutlich, daß es niemals solch ein ruhiges Leben haben wird, dann verschwindet für Deutschland jeder Reparationsbeweggrund vollständig.

Die Absichten der Reichsregierung.

Staatssekretär a. D. Bergmann kommt von Paris her heute mittag in Berlin an und wird sofort der Reichsregierung Bericht erstatten. Die Meldung eines Vormittagsblattes, wonach die Reichsregierung beabsichtige, unverzüglich neue Reparationsverhandlungen mit Frankreich einzuleiten, ist schon darum unrichtig, weil die Reichsregierung es nach der Rechtslage nur mit der Gesamtheit der Alliierten und mit der Reparationskommission zu tun hat. Wenn die Reparationskommission beschließen sollte, zur Frage der deutschen Kohlenlieferungen Deutschland zu hören, so wird selbstverständlich dieser Aufforderung Folge geleistet werden.

Raskhins Zustand ernst. Die behandelnden Ärzte haben über das Befinden des Finanzministers Dr. Raskhin nachmittags ein Bulletin ausgegeben, wonach in dem Befinden seit 1 Uhr eine subjektive Besserung festzustellen ist. Nichtsdestoweniger wird der Zustand als noch immer ernst bezeichnet.

Dollar 8550.

Deutschland und Frankreich.

Ein französischer Ruf zur Verständigung.

In dem Augenblick, in dem die schwerste, vielleicht gar nicht wieder gut zu machende Verschärfung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland droht, ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, auch jene Stimmen von drüben zu hören, die einem besseren Verstehen das Wort reden. Der französische Gelehrte Henri Lichtenberger, Professor an der Sorbonne, hat vor einigen Monaten Deutschland bereist, und das Ergebnis seiner politischen Untersuchungen hat er in einem Aufsatz zusammengefaßt, den er in der „Zeitschrift für Politik“ veröffentlicht. Lichtenberger beklagt den Mangel gegenseitigen Verständnisses und führt darüber im einzelnen aus:

Kamentlich in der Reparationsfrage herrscht völliges Mißverständnis. Der Deutsche sieht in der Beharrlichkeit, mit der wir unser gutes Recht fordern, nur schnelle Gewinnjagd, un menschlichen Geiz, sinnlose Verblendung, verständnislosen Haß. Der Franzose seinerseits sieht in der Empörung der Deutschen über Versailles nichts als bösen Willen und zynische Verlogenheit. Die Rechtfertigungsversuche, die die Deutschen nach dem Zusammenbruch des alten Regimes gemacht haben, sind in Frankreich auf den entschiedensten Unglauben gestoßen. Wir haben ihnen weder die Tatsächlichkeit ihrer Leiden, noch ihr Unvermögen, sich ihren Pflichten zu entziehen, noch die Aufrichtigkeit ihrer Beurteilung des Imperialismus, noch ihre Ehrlichkeit in den endlosen Diskussionen über den Friedensvertrag geglaubt. Bei unserem Pessimismus neigen wir dazu, die heftigsten Rechtsradikalen — die zu unseren unversöhnlichsten Feinden zählen — als ganz besonders typische Vertreter der deutschen Geistesverfassung anzusehen und ein unbewusstes oder verstecktes Alldeutschtum bei allen Deutschen vorauszusetzen.

In Deutschland tritt der gleiche Pessimismus in der Beurteilung der Franzosen hervor. Wir sind für die Deutschen Follterknechte, Sadisten, die sich an den deutschen Qualen weiden, rachsüchtige Erpresser und Störenfriede, eitle Militaristen, die nicht glauben, daß sie das Monopol des Kriegsruhmes besitzen, unentwegte Imperialisten, die Europa des Geheiß vorzuschreiben wollen und von der dauernden Knechtung Deutschlands träumen, Prahlhänse, die ihrer Kraft mit gutem Grund mißtrauen, vor dem Gedanken der Rache des mißhandelten Deutschlands leben und bei der Vorstellung zittern, der deutsche Riese möchte eines Tages seine Ketten zerbrechen.

Demgegenüber sei uns die Feststellung erlaubt, die auch Herr Lichtenberger bei seinem ausgeprägten Gerechtigkeitsgefühl gewiß nicht bestreiten wird, daß die deutsche Sozialdemokratie unablässig und erfolgreich in das deutsche Volk Verständnis für die Berechtigung der französischen Forderung nach Wiederherstellung des zerstörten getragen hat. Es ist sicher auch heute noch nur ein kleiner Teil des deutschen Volkes, der die Franzosen ganz allgemein für „Follterknechte, Sadisten, Erpresser“ usw. hält. Wir sind vielmehr davon überzeugt, daß die ungeheure Mehrheit der Franzosen ein Recht hat, solche Bezeichnungen abzulehnen, wir wünschen nur, daß diese Mehrheit begreifen lernte, daß die gegenwärtige Politik Frankreichs im ganzen deutschen Volke die stärkste Erbitterung hervorrufen muß, und daß diese Erbitterung berechtigt ist.

Herr Lichtenberger sagt weiter:

So wächst die Spannung zwischen beiden Völkern immer mehr. Die Taktik des diplomatischen Martens vermehrt die Gefahr noch. Um Vorteile zu erzielen, wendet jeder den Bluff, die erpresserische Drohung bis zur Grenze des Möglichen an. Glauben beide Teile im entscheidenden Augenblick nicht mehr zurückzukommen, so ist die Katastrophe da, eine Katastrophe, die sehr wohl von keiner Seite gewünscht sein kann. Das ständige Bestreben, sich gegenseitig Angst zu machen, steigert das pessimistische Mißtrauen der Völker gegeneinander und erhöht das Gefühl allgemeiner Unsicherheit, das auf dem ganzen heutigen Leben lastet.

So kann sich schließlich das einzige Gefühl entwickeln, das heute stark genug wäre, zu Blutaten zu treiben: die Verzweiflung! Der Kriegswille kann bei den Deutschen an dem Tage hervorbrechen, wo man ihnen beibringt, daß die Franzosen ihr Verderben wollen, und daß ein Nachgeben gegenüber ihren Forderungen den Zusammenbruch, Arbeitslosigkeit, Hungersnot erzwingen Arbeiterauswanderung und allgemeines Elend zur Folge hat. Er kann bei den Franzosen hervorbrechen, wenn sie zu der Ueberzeugung kommen, daß bei den Deutschen Unehrlichkeit und systematischer böser Wille besteht, daß sie im Grunde zum Aufstand entschlossen sind und nur eine günstige Gelegenheit abwarten, um ihnen an die Kehle zu springen, und daß es für Frankreich das sicherste wäre, ihnen zuvorzukommen.

Hier überfieht Herr Lichtenberger die Tatsache, daß Frankreich in Waffen starrt und daß Deutschland entworfen ist. Es gibt heute in Deutschland eigentlich nur zwei Richtungen, von denen die eine den Krieg überhaupt verabscheut, während die andere ihn zwar nach wie vor als die ultima ratio betrachtet, aber ihn jetzt und auf absehbare Zeit für unmöglich hält. Unter solchen Umständen kann der Gedanke an ein „Zuvorkommen“, das heißt an einen neuen Präventivkrieg Frankreichs gegen Deutschland — der von deutscher Seite gar nicht geführt werden könnte — von keinem Standpunkt aus gerechtfertigt werden. Frankreich konnte und kann noch immer, als Sieger im Weltkrieg, durch eine Politik der klugen Mäßigung den wahren Frieden Europas begründen, es hat aber diese Gelegenheit nicht wahrgenommen, sondern es ist auf dem besten Wege, sie für alle Zeit zu verschütten. Mögen sich alle gerecht denkenden

und klar blickenden Franzosen der Tragik der Stunde bewußt werden — dann bleibt wenigstens eine Hoffnung für die Zukunft.

Was will Frankreich?

Paris, 6. Januar. (W.Z.) Der „Zeit Parisien“ stellt die Frage: Was wird Frankreich mit seiner Handlungsfreiheit anfangen? Nach dieser Richtung schienen zwei verschiedene Taktiken möglich. Die erste sei, durch die Ruhrbesetzung eine ganz andere Politik einzuleiten als diejenige, die der französische Plan dieser Tage entwickelt habe. Man wisse, daß mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Großbritannien Poincaré beispielsweise darauf verzichtet habe, eine Zollgrenze längs des Rheins oder um das Ruhrgebiet herum aufzurichten. Da England zurückgetreten sei, könnte man versucht sein, sofort auf diese Maßnahme oder auf andere, energisichere zurückzukommen. Eine andere Taktik scheint tatsächlich in der Absicht der französischen Regierung zu liegen, man wolle militärische Mittel anwenden, die nunmehr unerlässlich geworden seien. Aber die Hauptfrage sei, nichts zu unternehmen, was die Interessen der Alliierten schädige, zunächst müsse betont werden, daß Frankreich bei diesem Unternehmen den Beistand niemandes, nicht einmal Belgiens anrufe. Aber andererseits würde Frankreich vorgehen, als ob sämtliche Alliierten an seiner Seite seien (17). Ein Platz für England würde in allen zu schaffenden Organisationen, sei es um die Kohlensteuer einzuziehen, um sich Devisen zu verschaffen oder für jede andere wirtschaftliche Pfandnahme, freigehalten werden. Der Kontakt mit den Alliierten würde auch in allen anderen Fragen aufrechterhalten werden. Man würde sich beispielsweise täuschen, wenn man sich einbilde, daß Poincaré die Instruktionen für die französische Delegation in Lausanne abändern werde. In etwa acht Tagen, wenn an den Schächten des Ruhrgebiets die Gewehre zusammengestellt würden, werde man begreifen, daß Frankreich nicht einen nicht bestehenden Militarismus befriedigen wolle, sondern daß es sich um kühle Berechnung handle, die man leichtfertig nur behandeln könne, wenn man unpolitisch sei. Der Tag werde kommen, wo das Einverständnis, das sich in den letzten Tagen nicht habe herausbilden können, sich gewissermaßen von selbst einstellen werde. (?)

Protestversammlung in Paris.

Paris, 6. Januar. (W.Z.) Die sozialistische Partei, der Gewerkschaftsbund und die Liga für Menschenrechte hielten gestern eine Versammlung ab, bei deren Schluß eine Resolution angenommen wurde, worin gegen die Politik der Regierung protestiert wird, die einen Angriff auf das Völkerrecht bedeutet. Die Resolution fordert, daß die Reparationsfrage dem Völkerbund unterbreitet werde.

Bevorstehende Kammerdebatte.

Paris, 6. Januar. (W.Z.) Der Abg. Albert Faure, ehemaliger Staatssekretär im Ministerium Clemenceau, hat eine Interpellation eingereicht über die Umstände, unter denen der Bruch zwischen Frankreich und England in der Reparationsfrage erfolgte. Es wird angenommen, daß Poincaré am Mittwoch Erklärungen über die Pariser Konferenz abgeben wird. In der Kammer wird diesen Erklärungen die Debatte über die bereits vorliegenden Interpellationen folgen. Von Interpellationen im Senat ist bis jetzt nichts bekannt geworden.

Die Zertrümmerung der R.P. Frankreichs.

Die Moskauer Diktatoren der dritten Internationale vollenden ihr in Tours begonnenes Werk der Zertrümmerung in Frankreich mit rücksichtsloser Konsequenz. Die zunächst ängstlich geheimegehaltenen Beschlüsse des Weltkongresses wirken sich jetzt in vollständiger Zerstückelung der R.P. Frankreichs aus. Wir haben den Austritt Frossards gemeldet. Ihm ging die Entlassung Duzender von Redakteuren der „Humanité“ und anderer Führer voraus. Und während in einem Zimmer der „Humanité“ diese summarischen Urteile erfolgen, sitzt der „eigentliche“ Direktor der „Humanité“, Marcel Cachin, in seinem Direktionszimmer, weint, bittet die Hinausgeworfenen um Verzeihung, wagt sich aber nicht im geringsten, gegen ihren Hinauswurf aufzulehnen und hütet sich, zum

Protest etwa seine Demission zu geben. Einer der jetzt Hinausgeworfenen, Ferdinand Faure, schildert in seinem Organ „Reveil de St. Etienne“, welche klägliche Rolle diese Führer gegenüber den Nachhabern der R. P. spielten. Er sagt von Cachin, dem Chefredakteur der „Humanité“:

„Er blieb sich der Ungeheuerlichkeit der Demütigung und der Herabsetzung bewußt und ohne, daß er es wollte, kehrte die Frage auf seine Lippen zurück: „Was werden die Genossen dort wohl sagen?“

Ach ja, als ich vor der Unterkommission einen Cachin vor einem Trocki sah, begriff ich, warum die Führer der russischen Revolution, wenn sie uns Franzosen nach unseren Führern beurteilten, in ihrer Ueberzeugung verharren, daß die französische kommunistische Partei ein Sammelhaufen triefender, übelster politischer Streber ist.“

Vom Standpunkt des parteipolitischen Gegners aus könnte man sich ja darüber freuen, daß das Verhängnis dort wie überall den unausbleiblichen Lauf immer weiterer Spaltungen geht. Aber dem steht gegenüber, daß die Moskauer Zerstückelungsarbeit die französische Arbeiterklasse gegenüber einem Poincaré fast wehrlos macht. Es wird unendliche Arbeit bedürfen, bis aus der Zerstückelungsarbeit heraus die französische Arbeiterklasse wird in geschlossenen und einflussreichen Organisationen gesammelt sein.

Den Moskauern kommt es ja auch nicht darauf an. Sie wollen willige Organe ihrer russisch-imperialistischen Politik, Faure veröffentlicht aus den Kongressreden Stellen, die das erneut deutlich beweisen, so z. B. Bucharins Rede:

„Wir sind heute schon stark genug, um militärische Bündnisse mit irgendwelchen bürgerlichen Regierungen abzuschließen... Sehen wir einmal voraus, daß eine Militärallianz zwischen uns und einem bürgerlichen Staat abgeschlossen würde. In diesem Falle ist es die Pflicht der Genossen jedes Landes, zum Siege des Blockes der beiden Verbündeten beizutragen.“

Hält man sich den bekannten Aufruf der 3. Internationale zugunsten der türkischen Kemal-Regierung, ihre Versuche, Deutschland zu einer nationalistischen Politik gegen Entente aufzuputschen, vor Augen, dann ist das Bild fertig. Die Arbeiterschaft wird mit den Kriegsbegehren auch fertig werden, wenn sie von links in kommunistischer Gloriole kommen.

Frontkämpfergeist.

„Aus Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes“ haben nach der „Deutschen Zeitung“ der Nationalverband Deutscher Offiziere, der Reichsoffizierbund und der Nationalverband Deutscher Soldaten an die Regierung eine Eingabe gerichtet, in der sie angesichts der Vorgänge in Stettin, Ingolstadt und Passau fordern

„endlich in eine Erörterung der Frage einzutreten, ob es nicht an der Zeit ist, mit jedweden Entgegenkommen die Entente gegenüber zu brechen und die häufigen vertragswidrigen Ententeforderungen, die immer nur neue Demütigungen für das deutsche Volk darstellen, gebührend zurückzuweisen.“

Die „Frontkämpfer“ der „Deutschen Zeitung“ versichern dann, daß sie stets hinter der Regierung stehen werden, „wenn sie zu Handlungen schreitet, die geeignet sind, das Ansehen des Deutschen Reiches und Volkes im Ausland wiederherzustellen und deutsche Ehre zu wahren.“

Was für „Handlungen“ es eigentlich sind, zu denen die Regierung „schreiten“ soll, wird freilich nicht gesagt. Das eine steht doch fest: Handlungen, wie sie die Nationalsozialisten überall mit Krakeel zu inszenieren suchen, bringen Deutschland nur um den letzten Rest von Ansehen im Ausland. Nichts würde Deutschlands Ansehen und seine Stellung mehr schädigen als nationalistisches Bramarbasieren und Handlungen nach dem Muster der Ingolstadt-Passauer Straßenkrawalle.

Die Kölner Stadtverordnetenversammlung beschloß Aufnahme einer Anleihe von drei Milliarden Mark zur Ausführung von Hofen- und Industrieanlagen sowie für die Erweiterung der Elektrizitätswerke.

steller dieser Kategorie oft wie Nationalhelden bejubelt werden, wie z. B. Chaplin. Der Erfolg dieser Art Schwänke beruht in erster Linie darauf, daß dem Publikum nicht im geringsten zugemutet wird zu denken. Die Voraussetzungslosigkeit in dieser Hinsicht bringt es mit sich, daß das deutsche Publikum Chaplin lächerlich findet.

Gelingt es nun, das deutsche Filmlustspiel zu schaffen, so dürfte es ganz gewiß, wenn es sich um Uebertreibungen und Geschmacklosigkeiten freihält, auch auf dem internationalen Markte seine Würdigung finden.

Adam Müller-Guttenbrunn, der Dichter der Schwaben im ehemaligen Südungarn, der am 22. Oktober seinen 70. Geburtstag feierte, ist in Wien gestorben. Er hat von früh an vorwiegend Kunst gepflegt, zunächst als Theaterdirektor, indem er die Sölden von Raimund und Angenruber auf die Bühne brachte, dann durch Verbreitung von billigen Büchern. Seine eigentliche Lebensaufgabe aber fand er, als er sich der Darstellung des Stammes zuwandte, dem er selbst angehört, jener Deutsch-Ungarn, die der Wagnarisierung zu erliegen drohen. Schon früh lenkte er mit seinen „Deutschen Kulturbildern aus Ungarn“ die Aufmerksamkeit auf die hier wohnenden Schwaben, und als dann um die Jahrhundertwende eine deutsche Bewegung unter diesen verstreuten Deutschen einsetzte, kämpfte er als Schriftsteller für diesen Aufschwung und gab auch einen Kalender für sie heraus. Es entstanden dann in rascher Folge seine Schwabenromane, durch die er den Deutsch-Ungarn in die Literatur einführte. Unter ihnen ragen der große, dreibändige Geschichtsroman aus seiner Heimat „Von Eugenius bis Josef“ und der ebenfalls drei Bände umfassende Roman „Das Dichterherz der Zeit“ hervor, worin er das feine Landsmannes Leben leidenschaftlich durchpflüsst, schließlich zerrüttetes Leben gestaltet.

Wo es keine Entfaltung gibt. Während bei uns der Winter eine gewaltige Menge von Entfaltungen hervorruft, leiden die Eskimos, die doch viel schwerer als wir gegen Kälte und rauhe Witterung zu kämpfen haben, niemals an Entfaltungen. Man schreibt dieses erstaunliche Tatsache zum großen Teil der Kleidung dieses Volkes zu. Der Eskimo hält darauf, daß er möglichst viel frische Luft um den Körper herum hat und trägt deshalb keine enganliegende Unterkleidung, sondern nur ganz lose Gewänder. Dadurch, daß ein beständiger Zutrom frischer Luft gestattet ist, werden die Eskimos zur abgehärteten Rasse der Welt. Die Säuglinge sind überhaupt unbekleidet und werden von den Frauen in den Kapuzen ihrer Pelze getragen. Große Aufmerksamkeit verwenden die Eskimos auf ihre Fußbekleidung und genießen den Ruf, die einzigen wirklich wasserdichten Stiefel herzustellen; diese werden aus Seehundleder gemacht und durch Kauen weich gehalten. Das Kauen der Schuhe ist eine Hauptaufgabe der Eskimofrauen, deren erste Pflicht am Morgen darin besteht, die Schuhe des Ehegatten mit den Zähnen zu bearbeiten. Infolge der kalten Luft, die sie einatmen, und der beständigen Uebung der Zähne durch das Kauen von Fett haben die Eskimos die besten Zähne der Welt; Zahnweh und Zahnsäule sind bei ihnen fast völlig unbekannt. Die Soden, die der Eskimo

Demonstrationen in Halle.

Bürgerliche Kundgebungen vor dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal. Gegendemonstration der Arbeiterchaft.

In Halle haben Unbekannte eine Reihe von Attentaten gegen Denkmäler, u. a. auch gegen ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal verübt. Trotzdem hohe Belohnungen auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt sind, hat man noch keine gefunden. Die Arbeiterchaft nimmt an, daß Nationalsozialisten dahinter stehen. Dafür spricht die Planmäßigkeit und der Fund einer Kapitänsmünze, die einem der Täter entfallen ist. Ein rechtsstehendes Blatt meldet, daß auch in Raumburg ein Attentat auf die Wohnung des Landgerichtsrats Dr. Hagen verübt sei. Die Attentate werden nun von bürgerlicher Seite zu Demonstrationen vor dem Kaiserdenkmal benutzt. An diesen Demonstrationen beteiligen sich auch die „republikanischen“ Ortsorganisationen der Demokraten und des Zentrums. Natürlich veranstalten die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften eine Gegendemonstration. Die Bürgerlichen mobilisieren die Herren Studenten aus Halle, Leipzig und der ganzen Umgebung. An der einwandfrei antirepublikanischen Gesinnung dieser Herren ist natürlich nicht zu zweifeln und die ganze Kundgebung, bei der „vaterländische Lieder“ und Kranzniederlegungen angekündigt werden, wird nur dazu beitragen, den Eindruck zu erzielen, daß in Deutschland das Bürgertum geschlossen genau so nationalistisch reaktionär ist wie früher. Die bürgerlichen Linksparteien sollten sich ernstlich überlegen, ob es augenblicklich nicht wichtigere Dinge gibt, als Deutschlands Ansehen erneut durch solchen im Grunde monarchistischen Kummel zu schädigen.

Demonstrationsverbot.

Bei Redaktionschluß geht uns folgende Meldung zu: Da sich in Halle eine Vereinbarung zur Vermeidung einer Begegnung der beiden Demonstrationsumzüge und zur Umgehung von Zusammenstößen nicht hat treffen lassen, das Innere der Stadt Halle aber auch räumlich sehr beschränkt ist, so daß bei Gleichzeitigkeit der beiden Demonstrationen Zusammenstöße kaum zu vermeiden wären, hat der Minister des Innern, Genosse Seering, aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Ordnung beide Demonstrationen verboten.

San Marino.

Die Existenz der Republik San Marino, die während des Krieges völlig in Vergessenheit geraten ist, wird Deutschland aufs neue in Erinnerung gebracht durch einen Auslieferungsantrag, den die Regierung dieser Republik bei der deutschen Regierung gestellt hat. Es handelt sich um den Italiener Romeo Bacchi, der sich seit einigen Monaten in Bochum in Auslieferungshaft befindet, weil die italienische Regierung seine Auslieferung zur Verbüßung einer in Bologna über ihn verhängten 30jährigen Kerkerhaft fordert. San Marino dagegen begründet seinen Antrag mit der angeblichen Beteiligung Bacchis an der Ermordung eines Politikers namens Bossi, der beim Ueberschreiten der Grenze San Marinos getötet wurde. Wie wir erfahren, wird die preussische Regierung und das Reichskabinett die Beratung über beide Auslieferungsanträge gleichzeitig abhalten.

Internationale Kundgebung in Köln.

Köln, 6. Januar. (W.Z.) Aus Anlaß der Anwesenheit hervorragender ausländischer Sozialisten in Köln beruft die Sozialdemokratische Partei Kölns zu morgen abend eine große öffentliche Versammlung ein, in der neben dem Belgier Vandervelde englische, französische und russische Sozialisten sowie der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Deutschlands, Wels, sprechen werden.

Anhörung deutscher Vertreter.

Ueber die heutige Sitzung der Reparationskommission verläuft, daß dabei von allen Mitgliedern dem deutsche Ausdruck gegeben wurde, am Montag nachmittag 3 Uhr deutsche Vertreter anzuhören. In diesem Sinne wurde auch entschieden.

Der Reichstagsausschuß für Postangelegenheiten stimmte ebenso wie der Reichsrat der 100prozentigen Portogebührenerhöhung zum 15. Januar zu.

Filmdrama oder Filmlustspiel.

Von Gustav von Koczian.

Die gegenwärtig schmerzliche Wirtschaftskrise, die ja auch die Filmindustrie nicht verschont, wird mannigfache Wandlungen auf allen Gebieten zur unausbleiblichen Folge haben. Abgesehen davon, daß man demnächst angesichts des fast unerschwinglichen Rohfilmmaterials einen Mangel an Kopien haben dürfte und mehr und mehr Filme älterer Produktion in das Kinoprogramm wird einstellen müssen, wird auch eine gründliche Neugestaltung des Programms selbst notwendig sein, wenn man vor allem der nicht mehr abzuleugnenden Kinomüdigkeit erfolgreich entgegenzutreten will. Denn die Kinomüdigkeit hat nicht etwa allein in den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern mehr in den zur Vorbereitung gelangenden Stoffen ihre Ursache. Das Publikum ist durch die Filme der letzten Jahre in gewissem Grade übersättigt, es verlangt nach einer anderen Kost, die besser geeignet ist, dem Besucher für kurze Stunden über die Misere des Alltags hinwegzuhelfen. Fabrikanten, Verleiher sowie Theaterbesitzer erkennen mehr und mehr, daß man diejenigen Filmart, die bisher recht fleißmütterlich behandelt worden und nur im Beiprogramm gelaufen ist, nämlich dem Filmlustspiel, größeres Gewicht beimessen müssen.

Daß das Publikum wohl seit jeher Filmlustspiele begehrt, darüber dürfte kaum ein Zweifel bestehen, und es ist daher auch eine ganzliche Verkennung des Kinopublikums, wenn der Lichtspieltheaterbesitzer dem Filmlustspiel in seinem Programm bisher nicht dieselbe Bedeutung geschenkt hat wie etwa dem Filmdrama. Diese Haltung der Theaterbesitzer dem Filmlustspiel gegenüber war auch zum guten Teil schuld daran, daß das Filmlustspiel von der Fabrikation bisher vernachlässigt wurde.

Die erste Voraussetzung für wirklich gute Filmlustspiele wäre also eine Veränderung der Haltung der Theaterbesitzer. Ist diese Voraussetzung erfüllt, so wird der Weg frei sein für eine besondere intensive Pflege des Filmlustspiels. Denn nur bei einer solchen intensiven Pflege werden sich Möglichkeiten bieten, zu einem wirklich guten Filmlustspiel zu gelangen. Es ist weit schwieriger, ein Publikum durch mehrere Lustspielakt hindurch zum Lachen zu bringen, als es durch ein Filmdrama zu rühren. Das liegt daran, daß das Filmlustspiel, im Gegensatz zum Bühnenlustspiel, dem der unerschöpfliche Schatz des Wortwitzes, des Dialogs und der Situationskomik zur Verfügung steht, nur mit der Situationskomik rechnen kann.

Infolge dieser Schwierigkeiten sind Filmlustspiele, die diese Bezeichnung überhaupt verdienen, überaus selten. Was unter dieser Marke auf der Leinwand abrollt, verdient viel eher die Bezeichnung „Burlesker Schwan“, und dieses Genre erfreut sich der liebevollsten Pflege besonders in den englisch sprechenden Ländern, in denen Dar-

unter den Stiefeln trägt, bestehen aus Renntierfell, wobei die haarige Seite auf der Haut aufliegt. Soden und Stiefel werden jeden Abend über einer Döhlampe an einem Ständer getrocknet. Auch der reichliche Genuß von Schneewasser wird dafür herangezogen, daß es bei den Eskimos keine Erkältungen gibt.

Wilhelm verkauft seine Photographie. Die bekannte englische Bilderzeitschrift „Daily Graphic“ bringt, wie wir in der „Frl. Jg.“ lesen, das Bild des früheren Kaisers (mit seiner Braut am Arm) unter der Ueberschrift: „Der Kriegsherr verkaufte dieses Bild“. Der Kaiser ist in Galauniform mit Ordensschmuck dargestellt. Aus dem begleitenden Text ergibt sich, daß der „Daily Graphic“ die Photographie für 2000 Pfund Sterling von dem Ertaiser erworben hat.

Wir gönnten dem Hohenzoller, der ja immer ein guter Kaufmann gewesen ist — sozusagen Weltreisender in eigenen Artikeln —, gern diese Ausnutzung seines — Ruhmes. Diese Art Leute hat es ja nun einmal gut. Während sein angestammtes Volk immer mehr ins Elend verfiel, kam er noch aus feindliche Ausland sein Kontorfei verkaufen — für eine Summe, von der eine Reihe Arbeiterfamilien ein ganzes Jahr leben könnte.

Laten der Technik. Ein Buch unserer Zeit. Herausgegeben von Hanns Günther. (Rafsch u. Co., Zürich u. Leipzig. Erscheint in 20 reich illustrierten Lieferungen.) Das Werk will in Wort und Bild die hervorragendsten technischen Manuskripten der Neuzeit vor Augen führen. Die ersten Hefte behandeln die schweizerische Rätischbergbahn, ein Eisenbahnwerk, die Technik großer Sternwarten und die Technik des Tauchwesens und sind mit einer Fülle feiner und lehrreicher Abbildungen in bester Ausführung ausgestattet, die auch Porträts der „Pioniere der Technik“ umfassen. Die einzelnen Abbildungen sind von hervorragenden Fachleuten verfaßt. Das Unternehmen, das den Anspruch erhebt, das erste dieser Art in deutscher Sprache zu sein, verdient alle Anerkennung.

Gestaltung der Woche. Dienst. Renaissance-Theater: „Die Juden.“ — Freit. Deutsches Theater: „Kaiser Karls Geißel.“ — Sonnab. Großes Schauspielhaus: „Die fürchtliche Jungfrau.“

Kronadvorträge. Sonntag. Ober-Ing. Dreier: „Von Berlin nach New York.“ Montag. „Im Kampf mit dem Berge.“ Dienstag. „Fesud und Pompeji.“ Mittwoch. Dr. Schwab: „Das alte Griechenland und seine Kunst.“ Donnerstag. „Der ammergauert Passionsspiele.“ Freit. Dr. Hauser: „Der Kampf vor 10000 Jahren.“ Sonnab. „Steinachs Forschungen.“

Die schwarze Rose. Walter Godes neueste Operette, ist jetzt ins Balhalla-Theater eingezogen und hat dort dank einer tadellosen Aufführung beim Operettenpublikum den wohlverdienten Operettenerfolg erzielt.

Eine Reichsanstalt für medizinische Arbeitsforschung wird, wie die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ mittelt, im neuen Etat des Reichsarbeitsministeriums vorgesehen, und zwar soll die Kaiser-Wilhelm-Anstalt für sozialärztliche Bildungsweisen entsprechend umgestaltet werden. Der Plan für die Gründung dieses neuen Institutes ist bereits eingehend erörtert worden.

Im „trockenen“ Lande.

In seinem Neujahrsgruß aus Amerika schrieb Genosse Stroeder auch von der Antialkoholgesetzgebung Amerikas. Er verwies darauf, daß die Deutschamerikaner vielfach gegen diese Gesetzgebung seien, was vielleicht auf den Einfluß des Braukapitals zurückzuführen sei. Diese Ansicht Stroeders beruht die volksparteiliche „Zeit“, die sich nach nationalliberaler Tradition zur Hüterin der Kapitalisteninteressen berufen fühlt, zu einem heftigen Angriff auf den Verfasser unseres Aufsatzes.

Wir wollen statt aller Polemik gegen die „Zeit“ lieber einige Zahlen sprechen lassen, die im allgemeinen nicht nutzlos zu sein dürften. Der Senat und das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten nahmen im Dezember 1917 die „Prohibitions-Bill“ an. Der Kongreß und die Staaten wurden ermächtigt, sie auf gesetzlichem Wege in Kraft zu setzen. Das Gesetz sollte unwirksam sein, wenn es nicht als Amendement zur Verfassung der Einzelstaaten auf dem gesetzlichen Wege innerhalb eines Jahres von diesem Datum ab angenommen wird. Aber schon am 25. Februar 1919 ratifizierten auch die letzten der 45 Staaten die Bill. Von da an datiert die „Trockenlegung“ Amerikas. Regierungsrat Goslar, Pressesekretär der preussischen Staatsregierung, besuchte Ende 1921 die Vereinigten Staaten und hat dort umfangreiches Material über die Wirkung dieser Trockenlegung gesammelt, das in seinem demnächst erscheinenden Buche („Aus Amerika“ 1922. Von Hans Goslar, Verlag Hermann Baetel, Berlin) enthalten ist. Bemerkenswert ist der seit der Trockenlegung eingetretene Rückgang der Verbrechen und Vergehen. So wurden z. B. in 60 Staaten der Union im Jahre 1917 insgesamt 316 842 polizeiliche Arreste wegen Trunkenheit verhängt. 1919, im ersten „trockenen“ Jahr, ging diese Zahl bereits auf 172 659 zurück und sank 1920 auf 109 768. In Illinois sind in sieben großen Städten (außer Chicago) die wegen Trunkenheit verhängten Arreste im Jahre 1919/20 um 88 Proz. zurückgegangen. Auch die Zahl der Inzassen der Korrekzions- und Arbeitshäuser hat sich gewaltig vermindert.

Nach einem neunmonatigen Bestehen des Gesetzes verfügte Philadelphia über 1100 leere Zellen in seinen Arbeitshäusern, die im März 1920 nur noch über eine Tagesbesatzung von 474 gegen 2000 vorher hatte. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Chicago, dessen Korrekzionshaus am 1. April 1920 nur 600 Inzassen gegen 2500 im Vorjahre hatte.

Die Zahl der Morde, Totschläge, nächtlichen Einbrüche, räuberischen Uebersälle usw. nahm in der Stadt New York bei ständig steigender Bevölkerungszahl seit 1915 um rund 5000 im Jahre ab.

Nach den Ermittlungen der staatlichen Krankenhauskommission des Staates New York hat die Aufnahme in die dortigen Hospitäler wegen erstmaliger Erkrankung auf alkoholischer Grundlage insgesamt 10,8 Proz. aller erstmalig Eingelieferten im Jahre 1908 betragen. Im Jahre 1919, nach dem Inkrafttreten der Prohibitions-Bill, sank dieser Prozentsatz auf 4 Proz. und 1921 gar auf 1,9 Proz. Das Staatshospital in Buffalo konnte einen Rückgang der Entlassungen alkoholisch Erkrankter melden, so daß es möglich wurde, eine große Zahl der früher für diese Kranken bestimmten Betten nunmehr ständig der Tuberkuloseabteilung zu überweisen.

Auch die Zahl der Todesfälle infolge von Alkoholvergiftung hat überaus abgenommen. Die Stadt Denver in Colorado hatte früher jährlich 25 bis 50 Alkoholtote. 1917 brauchte sie nur noch 8, 1918 gar nur 6 und 1919 nur einen einzigen Fall melden. In Boston ist seit dem 1. Juli 1919 die Zahl der Todesfälle durch Alkohol um 50 Proz., der Selbstmorde um 33 Proz. und der Unfälle um 45 Proz. zurückgegangen. In New York starben am Alkoholgenuß 1916 noch 687 Leute, 1920 nur noch 98. In der gleichen Zeit ging diese Zahl in Chicago von 245 auf 46, in Philadelphia von 187 auf 11 zurück. In 14 großen Städten nahm die Zahl der Todesfälle durch Alkohol im Jahre 1920 gegenüber 1916 um rund 84 Proz. ab.

Aus der Fülle des Materials, das Goslar zusammengetragen hat, mögen diese lehrreichen Zahlen genügen. Sie zeigen, daß das Alkoholverbot in Amerika reiche Früchte zu tragen beginnt, und sie lassen keinen Zweifel an der Richtigkeit der Behauptung des Gouverneurs von Kansas: „Tatsache ist, daß die Prohibitions-Bill in Kansas für das Volk in jeder Hinsicht Gutes gewirkt hat in der Gesamtheit wie für den einzelnen. Als Folge der Prohibition ist in den Häusern mehr Behaglichkeit und auf den Banken mehr Geld. In den Arrestkellern und Gefängnissen von Kansas sind weniger Häftlinge als in irgendeiner Zeit vorher; das Verbrechen nimmt ab, seit der Alkoholverkauf unterbunden ist. Alle diese Tatsachen erweisen sich immer und immer wieder als wahr. Die Staaten und Kommunalverbände, die das Alkoholverbot erlassen haben, spüren keine Lust, zu den alten Zuständen zurückzukehren.“

Die Konfessionslosen in der Tschechoslowakei. In den meisten Prager Schulen hat sich die Zahl der konfessionslosen Schüler seit dem Umsturz ver Hundertfach; im Durchschnitt sind 17,12 Proz. der Schüler konfessionslos.

Wegen Beurteilung von Postbeamten zum Deutschnationalen Parteilager vom Abg. Gen. Hoffmann-Schmargendorf befragt, beruft sich der Reichspostminister in seiner Antwort auf eine ständige Übung, die allen Parteien zugute komme. Es ist aber Tatsache, daß bisher deutschnationale Beamte bei Beurteilungen zu Parteilagen bevorzugt wurden, während beamteten Sozialisten fast regelmäßig ein solcher Urlaub verweigert worden ist.

Zum Wojwoden von Poinisch-Schlesien wurde der bisherige Wojwode von Posen, Dr. Jggmund Gellchowski, ernannt.

Devisenkurse.

	8. Januar		5. Januar	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Papier-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Papier-) Kurs
1 holländischer Gulden	8881.52	8898.96	9441.57	8458.63
1 argentinische Papier-Peso	8192.—	8208.—	8216.93	8233.07
1 belgischer Frank	558.61	556.89	—	—
1 norwegische Krone	1615.95	1624.05	1655.85	1664.15
1 dänische Krone	1745.62	1754.88	1795.56	1804.44
1 schwedische Krone	2294.25	2305.75	2354.10	2365.90
1 finnische Mark	207.48	208.52	208.47	209.53
1 japanischer Yen	4114.68	4135.32	4164.50	4185.44
1 italienische Lire	428.92	431.08	481.41	483.59
1 Pfund Sterling	89850.62	89840.88	40189.25	40400.75
1 Dollar	8516.15	8558.85	8674.25	8721.75
1 französischer Frank	598.50	601.50	598.50	601.50
1 brasilianischer Real	947.62	952.38	977.55	982.45
1 Schweizer Frank	1610.96	1619.04	1625.92	1634.08
1 spanische Peseta	1381.66	1338.34	1341.63	1348.37
100 österr. Kronen (abgefl.)	12.14	12.22	12.84	12.92
1 tschechische Krone	243.88	245.12	250.87	251.63
1 ungarische Krone	3.24	3.26	3.20	3.22
1 bulgarische Lewa	54.61	54.90	54.37	54.64
1 jugoslawischer Dinar	91.02	91.98	91.52	91.98

Zum Schutze der Wälder.

Der preussische Wohlfahrtsminister hat jetzt die Ausführungsanweisung zum Gesetz zur Erhaltung des Baumbestandes und zur Erhaltung und Freigabe der Uferwege vom 29. Juli 1922 erlassen und darin Erklärungen und Fingerzeige für die Handhabung des Gesetzes durch die Verwaltungsbehörden gegeben. Das Gesetz hat auch für die Dauermälder der Stadt Berlin eine erhebliche Bedeutung. Es soll der Großstadt- und Industriebevölkerung die Baumbestände erhalten, die als Lungen in den Großstädten noch vorhanden sind, die der arbeitenden Bevölkerung in der freien Zeit die Möglichkeit zum Aufenthalt in der Natur und zum Wandern bieten können. Das Gesetz will dann weiterhin der Bevölkerung ganz allgemein die Zugänglichkeit der Wasserläufe, der Seen, Flüsse usw. erleichtern, um ihr die schönen Erholungspunkte der Heimat zu erhalten und um die Wanderlust anzuregen.

Dabei sollen die Baumbestände nicht etwa im ganzen Lande unterschiedslos, sondern nur in den Großstädten, in der Nähe der Unterflüsse und von Kur- und Badeorten, sowie in Industriegebieten geschützt werden. Bei den in Großstädten (über 100 000 Einwohner) zu erhaltenden Baumbeständen ist nicht nur an etwa noch vorhandene Waldflächen, an bereits der Bevölkerung zugängliche öffentliche Parks, an alte Baumalleen in den Straßen, an Promenaden, auf Stadtwällen gedacht, sondern auch an Privatgärten, die entweder einem beschränkten Teil der Bevölkerung durch besondere Erlaubniserteilung bereits zugänglich sind oder die auch nur den Gegnern wohnenden den freien Blick ins Grüne ermöglichen. Aber auch die Gärten, die sich in rings um Wohnhäusern umgebenen Baublöcken befinden und deren es in den Großstädten zum Glück noch mehrfach gibt, können auf diese Weise für die Einwohner erhalten werden. In solchen Fällen werden sich die anliegenden Hausbesitzer vielfach durch Zuschüsse zu den Erhaltungskosten bereifunden lassen, da der Mietwert der Wohnungen meist von dem Vorhandensein der Baumbestände abhängt. Als Behörde, die darüber zu bestimmen hat, ob einem Baumbestand oder einer Grünfläche der Schutz des Gesetzes angelehnt zu lassen ist, hat der Provinzialausschuß nach freiem Ermessen zu entscheiden. Für den Stadtbezirk Berlin tritt an Stelle des Provinzialausschusses der Magistrat. Genehmigungsbehörde ist der Regierungspräsident, für das Gebiet der Stadt Berlin der Oberpräsident.

Ebenso wie die Wälder dienen die Ufer der Seen und Wasserläufe zur Erholung und Erfrischung der Bevölkerung. Das Gesetz schafft Wege von besonderer rechtlicher Art zu beschränktem Gebrauchszweck, nämlich um dem Fußgängerverkehr an den Wasserläufen und Seen zu dienen (Wanderwege). Unter das Gesetz fallen nur die Uferstreifen solcher Seen und Wasserläufe, die bisher begangen sind. Es ist nicht erforderlich, daß die Begehrtheit der Uferstreifen bisher dem Publikum allgemein bekannt war oder daß es durch Menschenhand künstlich angelegt Wege sind. Es ist auch nicht notwendig, daß bisher auf diesen Wegen ein nennenswerter Fußgängerverkehr geherrscht hat, es genügt, wenn Fischer, Jäger, Postboten oder sonst welche Personen regelmäßig die Uferstreifen begehen.

Die Anträge im Prozeß Klante.

Im Klante-Prozeß beantragte Staatsanwalt Horn nach kurzen Ausführungen gegen Rag Klante wegen Betrugs, Glücksspiels und Kontursvergehens insgesamt 4 Jahre 6 Monate Gefängnis und 260 000 M. Geldstrafe. Auf die Gefängnisstrafe soll ein Jahr der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet werden. Gegen die übrigen Angeklagten wurden wegen Beihilfe zum Betrug usw. beantragt: Gegen Gerhard Klante 8 Wochen Gefängnis, die auf die Untersuchungshaft angerechnet werden sollen, und 50 000 M. Geldstrafe, gegen Hornigt 7 Monate Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe und gegen Dehles 6 Monate Gefängnis und ebenfalls 200 000 M. Geldstrafe. Nach den Anträgen des Staatsanwalts wurde eine kurze Pause eingelegt, nach der die Verteidiger plädieren werden.

Der Streit in den Markthallen.

Wüste Szenen in der Dirschenstraße. Der Streit in den Markthallen geht auch am heutigen Sonnabend ununterbrochen fort. Die wenigen Stände, die am Freitag in Erwartung einer Einigung wieder eröffnet hatten, sind geschlossen und lediglich die städtischen Verkäufer vermindert unter sehr starkem polizeilichen Schutz zu arbeiten. Trotzdem ist es der Polizei nicht überall gelungen, die Ruhe aufrecht zu erhalten. Gegenüber der Zentralmarkthalle kam es heute morgen zu turbulenten Szenen. In der Dirschenstraße gegenüber der Zentralmarkthalle hat die Firma Blumann, Wambel Köpffe, die dem Verband der Fruchtgroßhändler nicht angehört, heute morgen versucht, ihren Betrieb wieder zu eröffnen, da die Arbeiter des Unternehmens selbst einen Verkauf gefordert hatten. Der Magistrat hatte der Firma ausreichenden Schutz zugesagt, und so waren einige Polizeibeamte vor dem Geschäftstrottel postiert worden. Als jedoch 100 Kleinhändler die ausgedehnten Geschäftsräume betreten hatten, sammelten sich auf der Straße etwa 1000 bis 1200 streifende Händler an und drohten, das Geschäftslokal zu stürmen. Die in der Dirschenstraße stehenden Wagen der Kleinhändler, die zum Teil schon mit Gemüse beladen waren, wurden umgeworfen und zertrümmert. Infolgedessen sah sich die belagerte Firma, da die Erregung auf der Straße immer größer wurde, gezwungen, ihren Betrieb zu schließen, sie mußten sogar auf Veranlassung der Streikenden den Kleinhändlern die schon gezahlten Beträge zurückerstatten. Die Polizeibeamten waren dem Treiben gegenüber machtlos. Auch in der Zentralmarkthalle selbst kam es zu Demonstrationen vor dem Stand des städtischen Verkaufsvermittlers Janide, doch war hier für ausreichende polizeiliche Bedeckung gesorgt worden.

Heute mittag um 12 Uhr wird sich der Magistrat betanntlich mit dem Streik der Standinhaber beschäftigen, doch will sich vorher, wie wir hören, eine Deputation von Großhändlern, die dem Verband der Fruchtgroßhändler nicht angehören, zum Oberbürgermeister begeben, um noch einmal eine Vermittlungsaktion in die Wege zu leiten.

Wie der Brikettspreis zustande kommt.

Eine im „Vorwärts“ (Nr. 616) veröffentlichte Zuschrift warf die Frage auf, warum das Berliner Kohlenamt den Kleinderkaufspreis für den Zentner Briketts frei Keller auf 1. Januar 1923 von 1554 M. auf 1865 M. gesteigert hat, während die Frachterhöhung, mit der das Kohlenamt diese Preissteigerung begründet, für den Zentner nur 179,83 M. beträgt. Das Kohlenamt erfüllt den in jener Zuschrift geäußerten Wunsch, näheren Aufschluß über die Preisstaffulierung zu erhalten und auch das über die Frachterhöhung hinausgehende Mehr der Preissteigerung begründet zu sehen, und antwortet: „Die in dem Artikel angegebene Differenz von 129,17 M. pro Zentner, die durch die 70 Proz. Frachterhöhung nicht belegt scheint, erklärt sich aus der Tatsache, daß in der Kohlenstall für Manfo, Handlungsumkosten, Ruhen und Umsatzsteuer Prozentfätze eingerechnet sind, die naturgemäß bei jeder Erhöhung des „Frei-Berlin“-Preises eine entsprechende Heraushebung erfahren müssen.“ Es folgt dann eine Kalkulation, der wir folgendes entnehmen: Der Preis frei Berlin stellt sich für den Zentner jetzt auf 1301,20 M., woran die Bahnfracht mit jetzt 436,75 M. (bisher 288,90 M.) beteiligt ist. Zu den 1301,20 M. kommt für Manfo, Diebstahl, Vergrufung ein Zuschlag von 3 1/2 Proz., macht jetzt 45,54 M., für Handlungsumkosten ein Zuschlag von 20 Proz. des jeweiligen Durchschnittsbrennstoffpreises frei Berlin, macht jetzt 261 M. Das ergibt zusammen schon 1707,74 M. Aus diesem Betrag werden 7 Proz. Ruhen mit jetzt

119,54 M. errechnet, macht zusammen 1827,28 M. Dazu kommt dann noch die Umsatzsteuer mit 2 Proz. des schließlichen Verkaufspreises, d. h. mit jetzt 37,28 M. Hiernach stellt sich der Berliner Verkaufspreis frei Keller auf 1864,56 M., in Abrechnung auf 1865 M.

Voraus zu ersehen ist, daß jede neue Erhöhung der Fracht automatisch selbst dann auch den Profit des Händlers steigert, wenn etwa inzwischen seine Kosten nicht um einen Pfennig zugenommen haben.

Prozeß Bernotat.

Massenandrang. — Besondere Vorsichtsmaßnahmen.

Bernotat, der Genfemendieb, Bernotat, der König der Einbrecher und Ausbrecher, hat seinen Richter gefunden. Die lang erwartete Verhandlung warf ihre Schatten voraus. Schon als noch Halbdunkel um das Kriminalgericht in Moabit lag, versammelten sich eine Schlange von neugierigen Zuschauern vor dem Seitenportal. Der Saal mußte bis kurz vor Verhandlungsbeginn polizeilich gesperrt werden. Auf dem Zeugenstuhl saß eine kronzogene Venus, umgeben von Pelzen und kostbaren Decken; ein großer Rest dessen, was Bernotat und seinen Helfershelfern im Laufe der Zeit in die Hände gefallen ist.

Das Türlein zur Anklagebank öffnet sich und herein tritt, die Hände kreuzweise mit einem Lederzug an den Leib gefesselt, der Angeklagte Otto Kaminski, jung, langaufgeschossen, idiosyll elegant. Eine steigende Röte im Gesicht, die einer fast leichenhaften Blässe weicht, als der Vorstehende Anmerkungen gibt, daß dem Angeklagten, sobald die Tür zum Gefängnisgang zugeschlossen ist, die Fesseln abgenommen werden können. Kurz darauf, in demselben Aufzug, Karl Bernotat. Aller Augen richten sich auf ihn und in aller Augen ist eine Enttäuschung zu lesen. Nach dem Austritt Kaminskis macht Bernotat auf den ersten Blick den Eindruck des weniger eleganten, vielleicht auch des weniger durchtriebenen. Die beiden, Kaminski und Bernotat, werden von grünen Polizeibeamten vorgeführt, zwischen ihnen auf der Anklagebank nimmt ebenfalls ein Polizist Platz. Zu dem Prozeß, der auf 4 Tage angelegt ist, sind nicht weniger als 46 Zeugen geladen. Unter diesen befindet sich der Kriminalkommissar Gensat und etwa ein Dutzend Kriminalbeamten. In der heutigen Verhandlung wird die Anklage von Staatsanwaltschaftsrat Ditroge vertreten. Als Verteidiger fungieren für Bernotat Rechtsanwalt Dr. Fren, für Kaminski die Rechtsanwälte Müller-Stromeyer, Dr. Feld und Rühl und für Böhm Rechtsanwalt Dr. Puppe. Als medizinischer Sachverständiger ist Dr. Lehnen geladen. Nachdem der Vorstehende den Angeklagten Bernotat noch einmal dringend ermahnt hat, sich an die Wahrheit zu halten, beginnt dieser mit der Darstellung seiner Lebensgeschichte.

Vor neuen Brotpreiserhöhungen.

Der Zweckerbund der Bäckermeister teilt mit, daß infolge der gemainten Weizenpreiserhöhungen in den letzten acht Tagen auch die Preise für martenfreies Gebäck heraufgesetzt werden müssen. So wird der Preis für ein martenfreies Brot von 450 auf 480 M., der für die Schrippe von 20 auf 23 M. erhöht. — Am 15. Januar kommt eine sehr wesentliche, wahrscheinlich 100prozentige Erhöhung der Preise für Markengebäck. Besten haben bereits Verhandlungen mit dem Magistrat stattgefunden und nach den bisherigen Berechnungen ist im Augenblick bereits eine 80prozentige Erhöhung notwendig. Da inzwischen jedoch eine abermalige Kohlenpreiserhöhung sowie eine wesentliche Lohnerhöhung der Bäckergehilfen in die Wege geleitet worden ist, so dürfte sich eine fast 100prozentige Erhöhung der Markengebäckpreise vermeiden lassen.

Eine kleine Milch-Anfrage.

In der von uns im heutigen Morgenblatt erwähnten Referentenbesprechung im Reichsfinanzministerium, die den Fortfall der mehrfachen Umsatzsteuerung der Milch bezwecken sollte, wurde festgestellt, daß das Reichsfinanzministerium nicht auf der mehrfachen Erhebung der Umsatzsteuer besteht. Nur der Berliner Deputierten, Herr Stadtrat Richter, scheint sehr anlässlich zu sein, wie wir aus der neueren Preisfestlegung in Berlin schließen. Wir möchten deshalb gerne wissen: Hat Herr Dr. Richter die vom Ministerium gewünschte Eingabe abgelehnt und abgelehnt. Wenn ja — dann an welchem Tage? Da die fragliche Besprechung eine Woche vor Weihnachten stattfand, hätte das Ministerium doch längst antworten müssen — wenn — was ja doch bei einem deutschnationalen Stadtrat, der doch kein roter Sozi-Trottel sein kann, selbstverständlich ist, der Herr Dr. Richter am nächsten Tage die Eingabe verfaßt und abgelehnt hat. Wir sind sehr wüßbegierig und wären für eine genaue Auskunft sehr dankbar.

Ein Heereslieferungs-Skandal in Amerika.

Die amerikanische Bundeshauptstadt Washington hat eine neue Sensation. Der Hilfssekretär des Kriegsamt unter Präsident Wilson, Benedict Crowell, und sechs andere Beamte des Komitees für Kriegsvorbereitungen vom Nationalverteidigungsrat des Kriegsdepartements sollen vor ein vom Kongreß besonders ernanntes Spezialgericht gestellt werden, weil sie bei der Vergebung von Heereslagern und Befestigungsarbeiten große Unterschlagungen begangen haben sollen. Die Veruntreuungen, die sich auf etwa 500 Kontrakte im Gesamtbetrag von 16 Millionen Pfund Sterling englischer Währung beziehen, sollen sich auf 2 Millionen 200 000 Pfund Sterling (das sind etwa 93 Milliarden Papiermark) belaufen. Es wird den Angeklagten vorgeworfen, besonders begünstigten Konzernen Kontrakte zugute zu haben, obwohl sie kein Angebot gemacht hatten, und anderen Fabrikanten Kontrakte verweigert zu haben, obwohl sie weit geringere Angebote gemacht hatten, als die begünstigten Konzerne später ihre Preise festsetzten. Crowell soll einen großen Teil der Aufträge insbesondere der Cleveland Bau-Company zugeschanzt haben, da deren Grundkapital sein Eigentum war.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kälter, zeitweise aufklarend aber noch überwiegend trübe und neblig bei mäßigen östlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Sport.

Das Zweifelhaken-Mannschaftsdiafahren im Eboritabak brachte den deutschen Mannschaften eine glatte Niederlage. Unsere erste Kraft im Sennerfeld, Lemanow, hatte bei fünf Wertungspunkten, an denen er teilnahm, nur einmal das Herz am rechten Fleck. Was will's da schon besagen, daß er den Endpunkt mit doppelter Punktzahl gewann. Und unsere zweite Kraft, Baldow, machte bereits nach der dritten Wertung völlig schlapp; er kann's sich leisten. — Ledner, der Berliner Seidow, muß das Rennen von nun ab allein und unsichtlos zu Ende. Der Held des Abends war der Holländer Claas van Red; er besitzt alle acht Wertungen und ging sechsmal als Erster, zweimal als Dritter durchs Ziel. Über auch die italienische Mannschaft Rigetto - Carli griff in den Wertungskämpfen erfolgreich ein. Nebenher geht es besonders Carli, uns auch noch die vom Publikum in lautstarken Papieren ausgemerkten Rängen zu entsagen. Von den deutschen Mannschaften bleiben sich noch am besten haben - Ostav Tiez. Tiez zeigt sich jeder Situation gewachsen und hielt das Feld in steter Aufregung. Ein Ruh- und ein Verfolgungskennen vervollständigten das Programm.

Ergebnisse: 1. Claas van Red, 2. Carli, 3. Ostav Tiez, 4. Rigetto, 5. Ledner, 6. Seidow, 7. Baldow, 8. Lemanow, 9. van Red, 10. van Red, 11. van Red, 12. van Red, 13. van Red, 14. van Red, 15. van Red, 16. van Red, 17. van Red, 18. van Red, 19. van Red, 20. van Red. Die zurückgelegte Strecke beträgt 79,930 Kilometer.

Gewerkschaftsbewegung

Die deutsche Wirtschaft an der Jahreswende.

Ueber dieses Thema sprach Genosse Robert Schmidt in einer gut besuchten Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten, die am Donnerstagabend in den Ruffertsaal stattfand. Unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung führte der Redner in seinem großzügig angelegten Vortrag im wesentlichen folgenden aus:

Ein Rückblick auf die Kriegs- und Nachkriegszeit bringt keine angenehmen Erinnerungen und ebensowenig zeigt uns ein Ausblick in die Zukunft um die Jahreswende eine erfreuliche Erscheinung. Die Folgen des Krieges machen sich noch immer geltend, wie noch einem gewaltigen Brande die Nachschäden. Auch die sogenannten Siegerstaaten sind in Mitleidenschaft gezogen worden, weil auf wirtschaftlichem Gebiete ein enger Zusammenhang zwischen allen Staaten besteht. Auf wirtschaftlichem Gebiete ist die Grundtendenz der kapitalistischen Entwicklung geblieben. Wie war in Deutschland eine so rapide Entwicklung kapitalistischer Großbetriebe zu verzeichnen, wie in der Zeit nach dem Kriege. Es mußte aus dem Bruch unter ungeheuren Schwierigkeiten etwas Neues geformt werden, und nur auf der alten Grundlage war das Wiederaufbauen am ersten möglich. Daher fand die kapitalistische Entwicklung den Weg frei. Deutschland hatte keine Rohstoffe, auch keine ausreichende Ernährung. Es mußte das Bekleidende vereinfacht werden mit gewissen neuen Tendenzen. Die starken wirtschaftlichen Interessengruppen konnten einen großen Einfluß auf die politischen Zustände ausüben. Aus der engen Gestaltung der kapitalistischen Wirtschaft werden wir hinüber müssen zu sozialen Formen, was

ohne große Kämpfe nicht zu erreichen ist. Es dürfte sich die Notwendigkeit ergeben, zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet zu einem Uebergangsstadium zu kommen, indem sich der Staat an den großen Konzernen beteiligt und so die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen kann.

In diesen Uebergang hinein gehören auch die Sachwerte. Dem ländlichen Grundbesitz hat der Krieg ungeheure Vorteile gebracht, er ist infolge dessen, seine Hypotheken vollständig abzulösen und so seinen ganzen Besitz schuldenfrei zu machen. Angesichts dieses gewaltigen Aufwerts würde eine Einschränkung des Besitzes im Interesse des Staates liegen.

Der Vortragende verbreitete sich hierauf in seinen weiteren Ausführungen über die Verwässerung des Aktienkapitals großer Gesellschaften, ein Vorgang, der insbesondere auch zur Entwertung unserer Valuta durch Ausföhrung wesentlich beitrage. Hier hätten wir zeitig zuzufassen müssen, um die Interessen des Staates wahrzunehmen. Auch eine stärkere Erfassung der harte keine Rohstoffe, auch keine ausreichende Ernährung. Es mußte erfolgen, um die Schultern der Lohn- und Gehaltsempfänger zu entlasten.

Nichts wäre verkehrter, als von einer gemeinnützigen Wohnungspolitik abzulassen. Die wilde Spekulation im Grund- und Bodenhandel darf nicht mehr geduldet werden, wenn gesunde Verhältnisse im Wohnungsbau erreicht werden sollen.

Ueber das Zweitausendfache der Friedensmiete würde zu zahlen sein, falls wir hier die freie Wirtschaft wieder zulassen wollten.

Die Konjunktur war im verfloffenen Jahre überaus günstig; reiche Beschäftigung verringerte die Zahl der Arbeitslosen. Es bestanden große Abnahmlichkeiten, die noch größer gewesen wären, wenn die Industrie etwas lukrativere Bedingungen für die Abnehmer gestellt hätte. Wenn man nur „freibleibend“ liefern wollte, werde sich die Auslandskundschaft schließlich andere Lieferanten suchen.

Die starke Entwertung unserer Mark ist in dem vorliegenden Ausmaß innerlich nicht begründet. Ich glaube daran, daß wir wieder zu einer besseren Bewertung unserer Mark kommen werden. Die Sozialdemokratie hat ihr Möglichstes getan, um unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern, sie hat aber im Parlament nicht die Mehrheit. Dazu kommen die Hindernisse auf finanzpolitischem Gebiet, die ungeheure Schwierigkeiten bieten. Der Ausblick ist kein ermutigender. Uebermäßige Anforderungen der Reparationskommission müssen unsere Ausföhrten noch weiter herabdrücken.

Durch ein einheitliches planmäßiges Auftreten würde unser Einfluß viel stärker sein, Gegenströmungen schwächen unsere Kraft. Als freie Bürger eines großen demokratischen Staatswesens wird es unsere gemeinsame Aufgabe sein müssen, auch im neuen Jahre dem Aufbau in Stadt und Land im sozialistischen Sinne weiter zu dienen. (Beifälliger Beifall.)

Die Regelung der Schauspielbezüge. Ein Nachspiel zum Schauspielstreik.

Der Streit zwischen der Genossenschaft deutscher Bühnengenossiger und dem Deutschen Bühnenverein über die Bedeutung einer wichtigen Bestimmung des Vertrages zur Regelung von Streit ist am Donnerstag entschieden worden. Während der Direktor des Bühnenvereins, Rechtsanwalt Artur Wolf, der Meinung war, daß die Zuschläge zu den mittleren Sagen prozentual berechnet werden müßten, vertrat Rechtsanwalt Fritz Grünwald als Syndikus der Bühnengenossenschaft die Auffassung, daß es trotz klaren Wortlauts der Vertragsbestimmung an der erforderlichen Willenseinigung fehle, daß vielmehr bei den vielfältigen Verhandlungen keine Klarheit erzielt worden sei und daß deshalb das Schiedsgericht nunmehr durch Erforschung des wahren Willens der Parteien den Vertrag zu ergänzen habe. Dieser Auffassung hat sich das Schiedsgericht angeschlossen und zugunsten der mittleren Sagen festgestellt, daß die Zuschläge in vollem Umfang zu gewähren seien, die prozentuale Berechnung nur bei den höheren Sagen dieser Gruppe zulässig sei. Es ist zu hoffen, daß der Wunsch des Vorliegenden, dem er bei der Urteilsverkündung Ausdruck gab, in Erfüllung gehen werde, daß nämlich im Interesse der Kunst ein dauernder Friede zwischen Künstlern und Theaterunternehmern geschaffen werde.

Fortsetzung der Verhandlungen im Bergbau.

Die am Donnerstag gescheiterten Verhandlungen über die Neuregelung der Vergarbeiterlöhne werden am Montag, den 8. Januar, im Reichsarbeitsministerium fortgesetzt werden. Ueber die Verhandlungen am Donnerstag leißt erfahren wir noch, daß die Vergarbeiter auf Grund der im Dezember eingetretenen Forderung eine Erhöhung der Sächselöhne von 1500 bis 1000 M. forderten, die bis zum 15. Januar Gültigkeit haben sollte. Dieser Vorschlag fand bei den Unternehmern einmütige Ablehnung. Ihr Angebot blieb um 50 Proz. hinter den Forderungen der Arbeiter zurück; außerdem verlangten sie, daß die jetzt getroffene Regelung für den ganzen Monat Januar Gültigkeit haben soll. Unter Hinweis auf die mit Beginn des neuen Jahres auf fast allen Gebieten eingetretene neue Preissteigerung lehnten die Arbeitgebervertreter dieses Angebot ab. Ob es gelingen wird, in der nächsten Woche zu einer Einigung zu gelangen, steht noch sehr dahin. Der Reichsarbeitsminister hat bereits am Freitag mit dem Vertreter des Vergarbeiterverbandes Bählung gesprochen.

Lohnkampf in der Bekleidungsindustrie.

Die in der Herren-, Anaben-, Damen- und Mädchenmantelkonfektion sowie in der Blusen-, Kleider- und Herrenwäschereibranche beschäftigten Angestellten nahmen am Freitagabend in einer überfüllten Versammlung in der Brauerei Königsplatz Stellung zu dem Resultat der Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern. Der Bericht wurde von Bublitz gegeben. Für Dezember wurde den Angestellten eine Zulage von 25 Proz. auf die Novembergehälter geboten, die ihrer Geringfügigkeit wegen abgelehnt wurde. Am 3. Januar sollte vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt werden. Die Arbeitgeber gaben jedoch zu erkennen, daß sie zu weiteren Verhandlungen bereit sein würden, und es ist am Freitag erneut mit ihnen verhandelt worden. Die Arbeitgeber erklärten sich bereit, für die Herren- und Damenkonfektion sowie die Herrenwäschereibranche einen Zuschlag von 50 und für die Blusen- und Kleiderbranche von 30 Proz. auf die Novembergehälter zu bewilligen. Das niedrige Angebot begründeten sie mit der schwierigen Lage, in der sich die Industrie zurzeit befindet. Bublitz erklärte, daß die Verhandlungskommission der Angestellten dieses Angebot nicht annehmen konnte, zumal für den ganzen Dezember keine Gehaltserhöhung erfolgt sei. Als vor kurzem der Dollarkurs sich etwas gesenkt habe, sei von den Konfektionsherren eine Erhöhung des Gehalts abgelehnt worden, weil der Dollar gesunken sei; jetzt, nachdem der Kurs wieder hochgeschritten sei, begründe man die Ablehnung mit der großen geschäftlichen Notlage. Dabei könne als feststehend angesehen werden, daß wohl keine andere Industrie jahrelang solche Riesengewinne eingeheimst habe wie die Konfektion. Die breiteste Öffentlichkeit werde endlich darüber aufgeklärt werden müssen, wie und mit welchen enormen Gewinnen in der Konfektion gearbeitet werde. Es sei hohe Zeit, einmal in die Geheimarchive hineinzuleuchten, um zu zeigen, wie die Preise von 700 so schnell auf 10 000 M. und höher bei einem Kleidungsstück hinaufkletterten, und daß manchmal an einem Bekleidungsstück mehr verdient werde, als das ganze Monatsgehalt eines Angestellten ausmache. Gut würde es auch sein, einmal in gewissen Winkeln nachzusehen, wieviel dort noch von den

schon vor Jahren ganz billig eingekauften Beständen zu finden sind. Die kaufende Bevölkerung leide unter einer derartigen Geschäftslosigkeit. Hier müsse Aufklärung geschaffen werden. (Stürmischer Beifall.)

In der anschließenden Diskussion kam eine starke Kampfesstimmung zum Ausdruck. Alle Redner stimmten dem Referenten zu. Bei der Abstimmung erhob sich auch nicht eine Hand für das Angebot der Arbeitgeber; einstimmig wurde dieses abgelehnt.

Der Angestelltenstreik bei Sarotti beigelegt.

Der 19 tägige Streik der Angestellten bei Sarotti hat durch die Entscheidung eines vereinbarten Schiedsgerichts am 30. Dezember sein Ende erreicht. Der Kampf ging um den Abschluß eines Tarifvertrages für die Angestellten der gesamten Schokoladen- und Süßwaren-Industrie. Dieses Ziel ist durch die Einmütigkeit und Ausdauer der Sarotti-Angestellten erreicht worden. Das Schiedsgericht hat in seiner Entscheidung den Arbeitgeberverband verpflichtet, mit den Angestelltenorganisationen einen Tarifvertrag zu vereinbaren. Nähere Auskunft erteilt der Zentralverband der Angestellten, Postgruppe Nahrungsmittel, Belle-Alliance-Str. 7/10.

Theater der Woche.

Vom 7. bis 15. Januar.

Vollkühne: 7, 10, 12 und 14. Wein Leopold. 8. Die Katten. 9. und 13. Ueber die Kraft. 2. Teil. 11. und 15. Der Beschwender. — Opernhaus: 8. Wallra. 9. Schachgraber. 10. Madame Butterfly. 11. Siegfried. 12. Einlonis-Ronjet. 13. Faubert. 14. Carmen. 15. Güterdämmerung. — Schauspielhaus: 8. und 11. Hübner. 9. 12. und 14. Ein Feindabend. Das Fest der Handwerker. 10. Der Mann. 11. Nathan der Weise. 12. Raubritter. — Deutsches Theater: 7, 9. und 10. Götter und Geopora. 8. Hamlet. 11. Robale und Liebe. 12, 13. und 14. Kaiser Karls Geisel. — Kammertheater: 7, 8, 9. und 10. Schöne Frauen. 11. und 13. Thimothaus in Klagenfurt. 12. und 14. Das Glas Wasser. — Reform-Theater: 7, 8, 10, 11, 12, 13. bis 15. Schloß 18. Götter. 9. Der Hühner. 12. Jan. — Theater in der Königsplatz-Brauerei: Schopenhauer. — Deutsches Opernhaus: 7. Carmen. 8. Das hübsche Gold. Plauto. 9. Die Meistersinger von Nürnberg. 10. Die roten Augen. 11. Das Polster. 12. Der fliegende Holländer. 13. Tosca. 14. Sannhäuser. 15. Bohème. — Schiller-Theater: 7, 8. und 12. Rolf Bernd. 9, 11, 13. bis 15. Die Großstadt. 10. Pygmalion. — Großes Schauspielhaus: 7. und 8. Rulier. 9. und 10. Orpheus in der Unterwelt. 11. und 12. Geißlösen. 13. und 14. Die brüderliche Jungfrau. — Neues Volks-Theater: 7, 9, 11, 13. und 14. Die Raute des Berlichten. Der Heise als Dofri. 8, 12. und 15. Michael Kramer. 10. Garbanopal. — Große Volkstheater im Theater des Westens: 7. und 14. Lohengrin. 8. Die Wallfäre. 9, 11. und 15. Der Barbier von Sevilla. 10. Erlöben und Jolide. 12. Fidelio. 13. Die lustigen Weiber von Windsor. — Renaissance-Theater: 7. und 8. Drei Einakter. 10. Die Juden. — Die Tribüne: Der Teufelschüler. — Deutsches Künstler-Theater: Großmann. — Romdionhaus: 7, 9, 12 bis 15. Gegeist. 8, 10. und 11. Der sprachlose Natur. — Berliner Theater: Madame Pompadour. — Trianon-Theater: Affe, die Rolotte. — Reform-Theater: Es lebe das Leben. — Zentral-Theater: Der Gigant. — Theater in der Kommandantenstraße: 7, 13. und 14. Der Schrei aus der Grobe. 8. bis 12. Schlimm. — Intimes Theater: Nicht will nicht. Die Leiter. Die bodernde Rumpke. 10 1/2 Uhr: Fremdbinnen. Jeder die Hälfte. — Komisches Oper: Europa (nicht besetzt). — Schloßhaus: Der Hühner. — Metropol-Theater: Der Herr. Berlin. — Neues Opernhaus: Letzte brüderliche Frau. — Thalia-Theater: Prinz von Juan. — Theater am Rosenborfplatz: Mein Hund. — Neues Theater am Ros. — Theater am Ruffertplatz. — Kleines Theater: Die Unmoralischen. — Wollner-Theater: Der kleine Schimmer. — Wallfäre-Theater: Die schwarze Rose. — Theater des Ostens (Kolle-Theater): Flottant Schmitt. — Kaffa-Theater: Müller's Prinzessin. — Theater am Ruffertplatz. Die Wern. 10 1/2 Uhr: Abenteuer in Maroff. — Schloßplatz-Theater: Strig. — Großes Haus: Nach Tagob. Kleines Haus: Liebe.

Nachmittagsvorstellungen. Vollkühne: 7. und 14. Die Katten. — Deutsches Theater: 7. Gegeist. 14. Frühlings Erwachen. — Kammertheater: 7. Nach der Schinerinnen. 14. Robale und Liebe. — Reform-Theater: 7. Man kann nie wissen. — Theater in der Königsplatz-Brauerei: 7. und 14. Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreiser. — Deutsches Opernhaus: 7. 11 Uhr: 4. Sinfonie-Konzert. — Schiller-Theater: 7. Die fünf Fronfurter. 10. Prinz von Bernheim. — Großes Schauspielhaus: 7. und 14. Das Schwanzschmiedel. — Neues Volks-Theater: 7. und 14. Michael Kramer. — Große Volkstheater im Theater des Westens: 7. 11 Uhr: Die Schöpfung. 14. 11 1/2 Uhr: Longmatine Kieselsteinen. — Deutsches Künstler-Theater: 7. Wenn mit Toten erwachen. — Romdionhaus: 7. und 14. Prinzessin Olo. — Berliner Theater: 7. und 14. Rignon. — Zentral-Theater: 7. und 14. Familie Panne-mann. — Intimes Theater: 7. Die Peitsche. — 7. Lauf doch nicht immer nach herum. Sultane, es blüht. — Metropol-Theater: 7. Die Beladere. — Theater am Rosenborfplatz: 7. Der Leiter aus Dinado. — Wallner-Theater: 7. und 14. Renaissance. — Wallfäre-Theater: 7. und 14. Carmen. Theater des Ostens (Kolle-Theater): 7. Frau Helle. 13. und 14. Hinfel und Greif. — Theater am Ruffertplatz: 13. Rinderherdigung. — Schloßplatz-Theater: Begleit. — Großes Haus: 14. Die Hühnerstomide.

Verantwortlich für den Text: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Verlags-Verlag O. m. B. Berlin. Druck: Formbrück-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Bei Husten, Asthma und Lungenleiden
Sanitätsrat **Dr. Wegschelders Brust-Tee** nach Original-Vorschrift hergestellt
Eifanten-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz

Admirals-Varieté
730 Der neue große Varieté-Spielplan
Edelmetall-schmelze
E. Seeger, Putlitzstr. 19
kauft Gold-, Platin-, Silber-Brech Zahngebisse.
Besonders hohe Kurse, da enormer Bedarf.

Metzner
Kinderwagen-Werkhaus
Metall-Sattelien, Kinder- u. Korbmöbel, Korbwaren, Ruhestühle, Puppenwagen, Alle Kinder-Fahrzeuge usw.
Größte Auswahl Berlins.
Andreasstr. 23, Andreasplatz
Brunnenstr. 95, Boussestr. 67
Leipziger Str. 54, Neukölln, Bergstr. 133
Spandau, Charlottenstr. 24a.

Juwelen, Gold- und Silber-Brech
kauft zum höchsten Tagespreis
Leibhaus Zehden, Karistr. 24.

Brillanten Gold Silber-Brech
kauft höchst-zahlend
Ankaufsstelle
Frankfurter Allee 298
an der Seemannstr.

Strickjaeken
aller Art
Sportgarituren, Jumper usw.
Billigste Bezugsquelle!
Bruno Richter, Fabrikniederlage
thür. Wollwaren
1a Bhl. Schön Ail.
Kopenhagener Str. 67, 1 Hochb. Nordring
u. Bln.-Pankow, Mendestr. 36, l. Pkw. 3723
Nur Einzelverkauf!

Damen- u. Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl.
Kleider- u. Futter-Seiden
schwarz und farblich.
Gelegenheitskäufe
in mod. Mänteln, Rostümen,
Kleidern u. Röden. 1-3 geschloß.
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.

Alt-Metall-Ankauf
zu höchst. Preisen
Cunow, Neukölln
Jonnstr. 68
an der Bergstr. 2
Wohn. vom
Bahnh. Neukölln

Krause Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
Ecke Kurfürstendamm

Korbmöbel
kaufen Sie am vorteilhaftesten
dir. d. Hersteller
A. Lesdau
Werkstätten für
leise Korbmöbel
Fertigprecher:
Neukölln 1259,
Jannst. und Wilmst. an
Neukölln, Anzen-
gruberstraße 20.

Domino-Masken von 5 BRT. an, Mützen
von 3 BRT. an, Fächer von 5 BRT. an
A. Maas & Co. Wagnersstr. 64
an der Lindenstraße
9-6 Uhr
Geogr. 1890.

Platin-, Gold- und Silberwreb
Zahngelisse, Uhren, Ketten, Klugs
sowie
Altmetalle kauft zu
Engrospreisen
M. ZEISKE
Berlin O., Schreinerstr. 32
(Laden)
1 Minute vom Bf. Frank. Allee
— Fahrgeldvergütung —
Größtes Absatzgebiet für Händler

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?
May Hotel, Schneidermstr.
Neukölln, Ringbahnstr. 93. Tel. 1909.
Lieferung für höchste Staatsbeamten
Viele Anerkennungen u. Dankschreiben

Gustav Leyke Neukölln
Bergstr. 78-80
Gegründet 1877 Kohlengroßhandlung Gegründet 1877
Neueintragungen in die Brikettkundenlisten 1923/24 finden vom 2. bis 16. Januar 1923 zwischen 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags auf meinen folgenden Lagerplätzen statt:
I. Lagerplatz: Walterstraße 48-50
II. Lagerplatz: Hohenzollernplatz 3
III. Lagerplatz: Boddinstraße 50-51
IV. Lagerplatz: Leykestraße 10-11
Wagen zum Selbstabholen stehen zur Verfügung. :: Kohlen werden auch ins Haus geschickt.
Fernspr.: Neukölln 4054/4055